Rettet das Reich!

Ein Appell an Regierung und Reichstag

Berlin, 15. Oktober.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer schreibt in dem Oktoberheft der Zeitschrift „Der Städtetag" „Zur Lage": Er kennzeichnet sie kurz dahin: Allgemeine Unsicherheit, gelähmte Unternehmungslust, fortgesetzte Kapitalflucht, Sinken aller öffentlichen Einnahmen, Steigen der Arbeitslosenziffer, Steigen der Lasten für Reich und Gemeinden, und meint, daß das in gemessener Zeit zur Katastrophe führen müsse, wenn nicht mit entschlossenem Willen und starker Hand Einhalt geboten, das Vertrauen im In- und Ausland wieder hergestellt, die Wirtschaft wieder angekurbelt und so der Kapitalflucht und dem Steigen der öffentlichen Lasten Einhalt geboten würde.

Die Katastrophe komme sicher und mit unheimlicher Schnelligkeit, wenn das Programm der Regierung nur Programm bleibe. Wenn der Reichstag das Ganze schnellstens annehme, alle Vorschläge für Aenderungen zunächst zurückstelle, dann habe er eine große Tat getan, eine Tat, die mit einem Schlage das Ansehen des Parlaments in Deutschland wiederherstelle, die eine sichere Besserung der wirtschaftlichen Lage bringen werde, eine Tat, die getan werden müsse, wenn wir zu einer für uns tragbaren Lösung der Reparationsfrage kommen wollen. Dr. Adenauer erklärt weiter, daß, so sehr auch vieles an dem Programm zu begrüßen sei, andere Punkte schwerste Bedenken erregen müssen. Er nennt darunter die beabsichtigte Regelung des Wohnungsbaues. Ferner scheint es ihm nicht richtig, die an sich in vielen Orten, aber keineswegs überall nötige Senkung der Realsteuern vorzunehmen, solange man nicht die Ausgaben gedrosselt habe. Die schematische Senkung dieser Steuern sei geradezu ein Unding. Es sei aber keine Zeit mehr zu langen Auseinandersetzungen, sonst breche das Reich finanziell zusammen und die Gemeinden mit ihm.

Wiederwahl Löbes wahrscheinlich

Das Zentrum gegen Scholz

Berlin, 15. Oktober

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich in ihrer Dienstagsitzung mit dem nationalsozialistischen Vorschlag, für den Posten des Reichstagspräsidenten den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz aufzustellen. Nach längerer Besprechung erklärte die Zentrumsfraktion, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus an der bisherigen parlamentarischen Gepflogenheit festzuhalten und der stärksten Partei des Reichstages, den Sozialdemokraten, die Stellung des Präsidenten zu übertragen. Es kommt somit aller Voraussicht nach wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe für diesen Posten in Frage. Den Nationalsozialisten fällt der erste, den Kommunisten der zweite und dem Zentrum der dritte Vizepräsident zu. Da anzunehmen ist, daß, wie in rückliegender Zeit, der kommunistische Kandidat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten wird, dürfte das Zentrum wieder den zweiten Vizepräsidenten zu stellen haben, für den wieder der Abgeordnete Esser vom Zentrum in Vorschlag gebracht werden wird.

Nach dem Verlauf der Fraktionssitzungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei im Reichstag hält man in parlamentarischen Kreisen die Wiederwahl des Sozialdemokraten Löbe zum Präsidenten für so gut wie gesichert. Man weist darauf hin, daß auch bei der Wirtschaftspartei und beim Christlich-Sozialen Volksdienst die Neigung stärker geworden ist, den alten Präsidenten wiederzuwählen und nicht einen Versuch mit einem neuen Präsidenten zu machen. Die Gruppe der deutschen Bauernpartei läßt durchblicken, daß sie für Löbe eintreten wird. Auch für die Staatspartei besteht kein Zweifel, daß sie den bisherigen Präsidenten wiederwählt. Damit dürfte die Wahl Löbes wenigstens im zweiten Wahlgang gesichert sein.

Die Wahl des von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Abg. Stöhr zum ersten Vizepräsidenten wird davon abhängen, ob die Nationalsozialisten sich, wie es das Zentrum verlangt, zur Achtung vor der Geschäftsordnung des Reichstags und zur Unterstützung der Wahl des Zentrumsabgeordneten Esser zum Vizepräsidenten bereit erklären.

Hugenberg fordert Preußen

Warum die Deutschnationalen für die Mißtrauensanträge stimmen

Berlin, 15. Oktober

Die deutschnationalen Führer Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren haben namens der deutschnationalen Fraktion an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Angesichts der bevorstehenden neuen Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmißverständlich festzulegen, daß es die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in Preußen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Parteien zur Lösung der immer gefahrdrohender vor Deutschland und der Welt aufsteigenden deutschen Frage entgegensteht.

Die Abneigung des Zentrums in Preußen, die Verbindung mit der Sozialdemokratie zu lösen, ist, nach der von Woche zu Woche sich immer klarer abzeichnenden Entwicklung der tiefste und innerste Grund, aus dem heraus die Tribut-, Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschlands jetzt durch die deutsche Verelendung gelöst werden soll, statt durch das mutige Anpacken des Tributproblems. Sie ist der Grund, weshalb wir kein christliches Schulgesetz und keine Gesundung der ethischen Grundlagen unseres Volkslebens bekommen sollen. Sie ist der Grund, weshalb in Preußen — entgegen dem Gebot der Rücksichtnahme auf eine von Grund auf veränderte Volksauffassung — der Landtag nicht aufgelöst werden soll. Sie ist auch der Grund, weshalb durch Fortführung einer falschen Handels- und Wirtschaftspolitik die Gesundung der Landwirtschaft und der Wirtschaft überhaupt, insbesondere aber des deutschen Ostens, und damit zugleich die Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit und der Wiederaufrichtung des deutschen Kapitalmarktes unmöglich gemacht wird — trotz aller Gesten gegenteiliger Absichten. Sie ist es, die eine wirklich rettende Finanzreform und auf der anderen Seite auch eine gesunde Entwicklung der deutschen Reichswehr verhindert.

Wir halten es für unsere Pflicht auf diesen Kern der jetzigen Lage immer wieder hinzuweisen und in immer dringenderer Form unsere Anregung zu wiederholen, in Preußen eine Wendung herbeizuführen. Für die durch eine gegenteilige Auffassung bewirkte verderbliche Reichspolitik des jetzigen Kabinetts werden wir weiterhin keinerlei Mitverantwortung übernehmen und aus diesen und den noch darzulegenden sonstigen Gründen für die eingebrachten Mißtrauensanträge und für die Aufhebung der erlassenen Notverordnungen stimmen."

Keine Revision des Young-Plans?

Paris, 15. Oktober.

In der radikalen „Volonté" wird ein Interview wiedergegeben, das ein Sonderberichterstatter mit dem Reichskanzler Dr. Brüning gehabt haben soll. Danach soll der Kanzler erklärt haben, daß die deutsche Regierung nicht an die Revision des Young-Plans denke und nicht die Absicht habe, ein Moratorium zu fordern. Jedoch müsse Frankreich wissen, daß die ständige Erhöhung des Goldsatzes für Deutschland die Notwendigkeit nach sich ziehe, stärker auszuführen, wodurch die deutschen Zahlungen gesteigert würden. Es sei ein Fehler gewesen, in den Young-Plan nicht die gleiche Sicherheit aufzunehmen wie in den Dawes-Plan. Jedenfalls habe Deutschland nicht die erwarteten Erleichterungen erhalten. Wenn der Young-Plan Deutschlands Tributleistungen auch um 700 Millionen Mark jährlich verringert habe, sei Deutschland doch gezwungen, 1½ Milliarden Steuern mehr zu zahlen. Die Rheinlandräumung habe nicht die erhoffte Entspannung gebracht; vielleicht habe man in Deutschland diese Geste früher erwartet. Die Zwischenfälle gegen die Separatisten hätten sich nur in den Städten ereignet, die von schwarzen Truppen besetzt waren.

Auf die wirtschaftliche Notlage in Deutschland, besonders auf dem Lande, eingehend, soll er erklärt haben: wenn Deutschland und Frankreich einander näherkommen sollen, müßten die Franzosen begreifen, daß dieses Elend der Grund der oppositionellen Bewegung sei. Frankreich dürfe nicht bei der geringsten alarmierenden Nachricht seine Tribute zurückziehen. Zu bedauern sei es auch, daß die Saarverhandlungen unterbrochen wurden; die Regelung dieses Problems hätte vieles gebessert. Schließlich habe Dr. Brüning gesagt, er wünsche eine ganz enge Zusammenarbeit mit Frankreich.

Man wird erst eine offizielle Bestätigung der von dem Pariser Blatt wiedergegebenen angeblichen Aeußerungen Dr. Brünings abwarten müssen. Es klingt jedenfalls etwas unglaubwürdig, daß der Kanzler jeden Gedanken an eine Young-Plan-Revision oder an ein Moratoriumsgesuch rundweg abgelehnt haben soll, während es doch kaum noch ein Geheimnis ist, daß man sich innerhalb der Reichsregierung bereits sehr eingehend über diese Fragen unterhalten und lediglich festgestellt hat, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine solche Aktion ungeeignet ist.

Dr. Eckener zur Katastrophe des „R. 101"

Interessante barometrische Beobachtungen in der Unglücksnacht

London, 14. Oktober

Dr. Eckener, der als Vertreter Deutschlands an der Beerdigung der Opfer des „R. 101" teilgenommen hat, wurde in London von Unterstaatssekretär Montague und Luftvizemarschall Dowding empfangen.

In einem Interview mit einem Vertreter der Times machte Dr. Eckener interessante Mitteilungen über die barometrischen Veränderungen, die während der Nacht, in der das Luftschiff R. 101 verunglückte, beobachtet wurden. Dr. Eckener teilte mit, daß der „Graf Zeppelin" in den frühen Morgenstunden des 5. Oktober gleichfalls eine kurze Fahrt unternahm. **Als das deutsche Luftschiff nach vierstündiger Fahrt in Leipzig landete, zeigte sein Höhenmesser eine Höhe von 130 Metern an, obwohl es sich auf dem Boden befand.** Dr. Eckener fügte hinzu, daß er in seiner 30jährigen Erfahrung als Luftschiffer niemals beobachtet habe, daß ein Gebiet niedrigen Luftdrucks sich mit solch erstaunlicher Schnelligkeit gebildet habe.

Metallarbeiterstreik!

Mittwoch früh Streikbeginn in allen Betrieben

Berlin, 15. Oktober.

Das Metallkartell, in dem alle am Tarifvertrag der Berliner Metallindustrie beteiligten Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, hat nach längerer Beratung auf Grund des bisher vorliegenden Resultates der Urabstimmung, durch das die zum Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit bei weitem überschritten ist, beschlossen, den Streik zu proklamieren. Nach dem Beschluß des Metallkartells soll am Mittwoch früh in allen 278 Betrieben, die dem VDMJ. angehören, die Arbeit niedergelegt werden.

Das Endresultat der Urabstimmung liegt noch nicht vor, und zwar deshalb, weil die Abstimmung am Dienstag noch in einigen Betrieben nachgeholt wurde, in denen am Montag nicht gearbeitet wurde. Im Laufe des Tages sind noch etwa 10 000 Stimmen abgegeben worden, von denen sich gleichfalls eine erhebliche Majorität für die Ablehnung des Schiedsspruches und Eintritt in den Streik erklärt. Wie der Metallarbeiterverband mitteilt, ist das Votum für den Streik in einzelnen Betrieben bis zu neunzig Prozent der Belegschaft abgegeben worden, so daß die noch ausstehenden Ergebnisse die Mehrheit für den Streik nur noch vergrößern können, so daß das Metallkartell bereits auf Grund der bisher vorliegenden Ergebnisse den Streikbeschluß gefaßt hat.

Am Dienstag war es bereits zu Streikbewegungen bei vier Firmen gekommen, die zum Teil auf das Vorgehen der Kommunisten zurückzuführen sind. Die Linksradikalen haben bereits eine sogenannte „provisorische Streikleitung" und einen „zentralen Kampfausschuß" gebildet.

Keine Landtagsauflösung in Anhalt

Dessau, 15. Oktober.

Das anhaltische Staatsministerium hat auf eine nationalsozialistische Anfrage, ob das Staatsministerium bereit ist, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen und gestützt auf Paragraph 11 der Verfassung für Anhalt, die Auflösung des Landtages zum Entscheid zu bringen, folgende Antwort erteilt:

Das Staatsministerium ist nicht bereit, die Frage der Auflösung des Landtages zum Volksentscheid zu bringen. Den Grundsätzen der Demokratie entspricht es, die verfassungsmäßige Wahlperiode, für die der Landtag vom Volk gewählt ist, nicht ohne zwingenden Anlaß abzukürzen. Als solcher können vorübergehende Wahlerfolge einzelner Parteien bei anderen Wahlen, zumal wenn sie durch besondere Verhältnisse bedingt sind, nicht angesehen werden.

Bombenattentate auf zwei Beuthener Gerichtsärzte.

Beuthen, 15. Oktober.

Im Amtszimmer des Beuthener Gerichtsarztes Medizinalrat Dr. Spiecker im Strafgerichtsgebäude erschien dessen Gattin mit ihrem vierjährigen Töchterchen, um ihrem Mann ein durch die Post in der Wohnung zugestelltes Päckchen zu überbringen.

Als Dr. Spiecker die Verschnürung der Postsendung löste, ertönte ein ohrenbetäubender Knall, und fast in demselben Augenblick glich das Zimmer einen Trümmerhaufen. Dr. Spiecker und seine Familienangehörigen blieben wie durch ein Wunder so gut wie unverletzt.

Der Gerichtsarzt hat nur durch einige Splitter unbedeutende Verletzungen am Unterarm erlitten. Daß die drei Personen mit dem Leben davongekommen sind, ist wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die Explosion der Höllenmaschine ihre volle Wirkung nach unten ausübte und eine über zehn Zentimeter dicke Tischplatte durchschlug. Von dem Urheber des Attentates fehlt bisher jede Spur, doch kann mit Sicherheit gesagt werden, daß dem Anschlag jeder politische Hintergrund fehlt. Es dürfte sich um einen Racheakt aus den Kreisen handeln, die sich durch ein Gutachten des Arztes benachteiligt fühlten.

Ein gleiches Paket wurde auch an den Knappschaftsarzt Dr. Wilhelm zugeschickt. Personen wurden bei diesem, als die Kiste explodierte, nicht verletzt.

Sitzung des Landtags

Dresden, 16. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Präsident die für die ausgeschiedenen Abgg. Dobbert und Dr. Dehne eingetretenen Abgg. Tempel und Dr. Kastner. Dann wurden die am 22. Juni ds. Js. stattgefundenen Landtagswahlen für gültig erklärt. Zu den weiter auf der Tagesordnung stehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen, die eine starke Mehrbelastung des Haushaltes herbeiführen würden, gab Finanzminister Dr. Hedrich eine längere Erklärung ab über die Notlage des sächsischen Staatshaushalts. Der Finanzminister richtete schließlich an den Landtag die Bitte, diese gewaltigen Summen nicht zu beschließen, da man vor allem auch dem parlamentarischen System dadurch nicht nützen werde. Es wurden dann die von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Anträge, sowie ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der die vordringliche Behandlung der im Rahmen des Bauprogramms der Reichsbahn in Sachsen schwebenden Bauprojekte zum Gegenstand hat, begründet. Innenminister Richter und Finanzminister Dr. Hedrich wandten sich gegen eine Reihe von Unrichtigkeiten, die von den Antragstellern vorgebracht wurden. In der Aussprache, in der die Redner der verschiedensten Parteien auf Einzelheiten eingingen, wies u. a. Abg. Kaden (Dn.) auf die Zusammenhänge bei Grahmann & Grosch in Leipzig hin. Die Kommunistin Frau Abg. Körner verlangte u. a., daß die Unternehmer verpflichtet werden sollten, für den entlassenen Lehrling eine andere Lehrstelle zu suchen. Abg. Tögel (Dn.) sprach über die **Arbeitsverhältnisse am Talsperrenbau Lehnmühle** und **warnte davor, sich in Dinge hineinzumischen, die durch gesetzliche und vertragliche Bestimmungen ohne weiteres geregelt seien.**

Im weiteren Laufe der Aussprache nahm u. a. Innenminister Richter noch einmal das Wort und wies darauf hin, daß im Landesausschuß der Sächsischen Arbeitgeberverbände der Vorschlag gemacht worden ist, bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnkürzung vorzunehmen, um mehr Arbeitslose einstellen zu können. Er entnahm den Worten des Abg. Arndt, daß der Wille zur Verständigung in diesen Fragen auch auf der anderen Seite vorhanden sei und führte aus, daß die Regierung den Zeitpunkt für gegeben erachte, die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung über diese Fragen aufzufordern.

Zur Geschäftsordnung wurde beschlossen, daß die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, die sich mit der Abtrennung des Leipziger Bezirks vom Gesamtbezirke der Reichsbahndirektion Dresden und mit der Schaffung einer Reichsbahndirektion Leipzig, sowie mit verschiedenen Anträgen wegen Einstellung aller Zahlungen für den Youngplan befassen, abzusetzen. Die Absetzung erfolgte unter lebhaftem Widerspruch der Kommunisten, die dann auch gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen die Absetzung stimmen.

Im weiteren Verlaufe erwiderte Finanzminister Dr. Hedrich auf Angriffe, wonach die Regierung den Bau des Elster-Saale-Kanals nicht genug gefördert haben soll: Die sächsische Regierung werde alles versuchen, beim Reiche die Erfüllung der Sachsen zugesagten Mittel durchzudrücken.

Schluß der Sitzung 20,30 Uhr. Nächste Sitzung bereits morgen 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zum Youngplan und zur Aenderung der Grenzen der Reichsbahndirektionen in Sachsen.

Allerlei Neuigkeiten

Zwei neue Rekorde im Langstreckenflug. Der junge südafrikanische Flieger Caspar Kuthes, der am 5. d. M. auf dem Flugplatz von Lympne nach Südafrika gestartet war, ist Sonntag nachmittag in Kapstadt gelandet und hat damit einen neuen Rekord für den Flug England—Südafrika aufgestellt. Der Flieger Kingsford Smith, der seinerzeit einen Flug um die Welt ausführte, ist in Karachi (Indien) gelandet. Er hat mit seinem Fluge England—Indien, den er in viereinhalb Tagen ohne Begleiter durchführte, einen neuen Rekord aufgestellt. Er wird von hier aus nach Australien weiterfliegen.

Folgenschwerer Schloßbrand. In dem der früheren Großherzogin von Sachsen-Weimar gehörigen Schloß der Herrschaft Heinrichau entstand in der Nacht in einem im ersten Stockwerk gelegenen Zimmer ein Brand, durch den eine größere Anzahl von wertvollen historischen Kostümen im Werte von 200 000 Mark vernichtet wurden. Das Feuer ist vermutlich durch einen schadhaften Ofen entstanden. Eine Ausbreitung des Brandes konnte verhindert werden.

Vom abgewiesenen Liebhaber erschossen. Der frühere Kellner Damasty, der mit der Verkäuferin Wodarz in Oppeln ein Liebesverhältnis unterhielt, bekam von dieser, da sie erfahren hatte, daß Damasty ein vielfach vorbestrafter Verbrecher ist, einen Absagebrief. Damasty drang darauf in die